



Studierendenparlament

DER UNIVERSITÄT POTSDAM

Postanschrift: Studierendenparlament • Am Neuen Palais 10 • 14 415 Potsdam
Sitz: Komplex I • Am Neuen Palais 10 • Gebäude 06
Kontakt: E-Mail: praesidium@stupa.uni-potsdam.de • Fax: (0331) 977-1795
Präsidium: Vicky Kindl • David Kolesnyk • Benjamin A. Stahl

Potsdam, 31. Januar 2012

Nachtrag

Liebe Studierende, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier,

Termin: Dienstag, der 31.01.2011
19 Uhr bis 23.00 Uhr

Ort: Campus Griebnitzsee, Haus 6, Raum S15

Wir schlagen die folgende geänderte Tagesordnung vor:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss der Tagesordnung
3. Protokoll der Stupa-Sitzungen vom 10.01.2012
4. Gäste
5. Berichte
 - a. Berichte aus dem Stupa-Präsidium
 - b. Berichte aus anderen Gremien
 - c. Rechenschaft AStA
6. Anträge
 - a. Sommerfest
 - b. Sozialfondsordnung
7. Initiativanträge
 - a. Vergleichsangebot KuZe
 - b. Rückmeldepraxis und NKV
8. Sonstiges

Wir bitten um inhaltliche Vorbereitung sowie pünktliches Erscheinen.

Mit freundlichen Grüßen



14. STUDIERENDENPARLAMENT DER UNIVERSITÄT POTSDAM

Postanschrift: Studierendenparlament • Am Neuen Palais 10 • 14 415 Potsdam
Sitz: Komplex I • Am Neuen Palais 10 • Gebäude 06
Kontakt: *E-Mail:* praesidium@stupa.uni-potsdam.de • *Telefon:* (0331) 977-1225
Präsidium: Vicky Kindl • Benjamin A. Stahl • David Kolesnyk

Potsdam, 31. Januar 2012

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STUPA VOM 10. JANUAR 2012

Feststellungen zur Anwesenheit

BEAT: Susanne Eckler, Vicky Kindl, Juliane Lehmann, Nadja Stangl. **SDS:** David Noack, Christoph Kühnl. **GAL:** Franziska Neuhäuser, Björn Ruberg, Roy Kreutzer, Jakob Mahran Weißinger, Fabian Twerdy, Marie Schäffer, Svetlana Lammok. **Grüner Campus:** Hartmut Phieler, Christin Wiech. **JuSo-HSG:** Patrick Gumprich, David Kolesnyk, Steve Kenner. **LHG:** Benjamin A. Stahl. **RCDS:** Norman Siewert. **ASTA:** Pierre Vicky Sonkeng Tegouffo, Alexander Gayko, Daniel Sittler, Franz Zimmermann, Steffen Brumme, Sebastian Geschonke, Roland Gehrman, Benjamin Mosebach, Claudia Fortunato, Maimouna Ottara, Stefan Schmidtke, Anneka Cooke, Ansgar Seng. **GAESTE:** Silvia Domel, Petrick Mohammeds.

Entschuldigt haben sich beim Präsidium abgemeldet die Abgeordneten/Referenten Juliane Tietz (SDS), Adris Weis (Grüner Campus), Christian Gammelin (JuSo-HSG), Nadine Lilienthal (JuSo-HSG), Marius Amfelder (RCDS), Jan Eckhoff (ASTA) und Annabel Ertel (ASTA).

Unentschuldigt der Sitzung ferngeblieben sind Shahin Dorri Dowlat Abadi (shine UP), Friedericke Jatzen (shine UP), Ribana Bergmann (ASTA) und Susanne Lühmann (ASTA).

TOP 1 - Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung wird 19:33 Uhr eröffnet. Das Parlament ist mit 19 Abgeordneten beschlussfähig.

TOP 2 - Beschluss der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird 18-0-1 akzeptiert.

TOP 3 - Das Protokoll zur Sitzung vom 06. Dezember 2011

Björn Ruberg: Stellt den Antrag, den ersten Teil der Einschätzung des Präsidiums zur chronologischen Abfolge der Sitzung vom 06. Dezember 2011 in das Protokoll einzufügen. Der Antrag wird 8-8-2 abgelehnt.

Steve Kenner: Stellt den Antrag, das geschlossene Verlassen der Sitzung durch GAL und RCDS in das Protokoll aufzunehmen. Der Antrag wird 15-0-3 angenommen.

Persönliche Erklärung von Björn Ruberg [GAL]

"Die AStA-tragenden Listen Beat, Jusos, Linke.SDS und ShineUP manipulieren das Protokoll wie es ihnen passt. Mein Antrag sah vor, die Geschehnisse auf der Sitzung um den Beschluss über die freiLand - Verträge im Protokoll so festzuhalten, wie sie das Präsidium selbst in seiner Stellungnahme an die Rechtsaufsicht beschrieben hat. Darin wird korrekt beschrieben, wie von diesen Listen weitere StuPa-Abgeordnete herbeitelefoniert werden und die Sitzungspause vom Präsidium auf fast eine Stunde verlängert wird, bis eine Fortsetzung der Sitzung nicht in der Beschlussunfähigkeit sondern im Beschluss der Verträge endet. Das diese unrühmlichen Wahrheiten auch im Protokoll stehen, haben die genannten Listen mit ihren Stimmen verhindert."

Persönliche Erklärung von David Kolesnyk [JuSo-HSG]

„Ich spreche mich gegen den Antrag Björns aus. Es ist nicht Aufgabe des Protokolls während der Sitzung geführte Telefonate wiederzugeben. Der von Björn angesprochene Passus befindet sich abgedruckt im Nachtrag der Sitzung vom 10.01.2012 auf der Homepage des StuPa und ist für jeden Interessierten einsehbar.“

Abstimmung über das Protokoll vom 10. Dezember 2011

Das vorliegende Protokoll wird 9-3-7 verabschiedet.

TOP 4 - Gäste

Keiner der Gäste wünscht das Wort.

TOP 5 – Berichte aus den Gremien

Präsidium des StuPa

Die Einladungen zu Sitzungen des StuPa erfolgen zukünftig auch universitätsweit über die Student_list.

Rechenschaft des AStA

Der AStA ist zu diesem TOP noch in seiner Sitzung. Die Diskussion zu dessen Rechenschaft wird daher einvernehmlich hinter den TOP 6 der TO gelegt.

Aussprache zu den RSB

Jakob Weißinger: An das Referat für Ausländische Studierende: Das Referat kann bisher nur wenige konkrete Ergebnisse vorweisen. Gibt es Planungen für ein intensiveres Einbringen?

Pierre Tegouffo: Zunächst ist das Referat damit beschäftigt Kooperationspartner zu finden und zu koordinieren. Ist dies geschehen, so folgen alsbald konkrete Veranstaltungen.

Jakob Weißinger: An das Kulturreferat: Gibt es für das Sommerfest eine Kooperation mit dem AStA der Fachhochschule Potsdam?

Susanne Eckler: Es wird fest mit einer Kooperation gerechnet. Der AStA der FHP hat hierfür zwei dauerhafte Ansprechpartner.

Jakob Weißinger: An Stefan Schmidtke: Bitte, den Aktionstag ‚Antifa-United‘ näher zu beschreiben.

Stefan Schmidtke: Das Projekt zielt darauf ab, konkrete rechte Gewalt in Potsdam auszuwerten. Ein ausführlicher Bericht dieser Arbeit liegt vor und kann im AStA-Büro eingesehen werden. Anstoß war ein ähnlich gelagertes Projekt in Heidelberg, bei welchem ein ‚Spitzel‘ der rechten Szene in der Studierendenschaft aufgedeckt wurde.

Jakob Weißinger: An das Pressereferat: Das Layout zum ‚Garnisonkirchen-Aufkleber‘ fehlt?

Daniel Sittler: Ausschlaggebend waren technische Probleme. Die betreffende Datei war mit 70 MB zu groß für eine Versendung.

Steve Kenner: Bitte, die Situation der Studentischen Beschäftigten bei den neuen Sonntags-Öffnungszeiten der Universitätsbibliotheken zu beschreiben.

Benjamin Mosebach: Es sollen für die neuen Öffnungszeiten ausschließlich Studentische Hilfskräfte eingesetzt werden, welche als solche keinen Sonntagszuschlag erhalten. Hier wird von der Leistung der Universität bewusst eine gesetzliche Regelungslücke ausgenutzt. Der AStA bietet sich als Partner an, jedoch ist noch nicht klar, wie die Betroffenen vorgehen wollen. Das StuPa sollte hier keine Beschlüsse ohne Rücksprache mit den Betroffenen fassen.

Norman Siewert: Verweist auf den fehlenden RSB des Referates für Antimilitarismus und wünscht eine Erläuterung, in welchem Zusammenhang die Studierendenschaft mit der Garnisonkirche steht.

Susanne Lühmann: Betont die pazifistische Ausrichtung des AStA und die Ausrichtung der Garnisonskirche als militärisches Symbol. Der AStA unterstellt den heutigen Befürwortern des Wiederaufbaus der Garnisonskirche einen Schulterchluss zum ‚Preußen-Wahl‘.

Alexander Gayko: Der Referent bittet das Fehlen seines RSB zu entschuldigen. Durch den Jahreswechsel und Krankheit würde in einem RSB inhaltlich nichts stehen können.

Patrick Gumprich: Bedauert es, dass zum wiederholtem Male keine Rechenschaft des Sozialreferates vorliegt. An das Referat für Campuspolitik: Wurden bereits Gespräche mit dem neuen Präsidenten der Universität geführt und wie wird dieser eingeschätzt?

Claudia Fortunato: Es haben noch keine persönlichen Gespräche stattgefunden, da im Laufe des Dezembers durch die Amtsübernahme keine freien Termine zu bekommen waren. Ein erstes Treffen ist für Februar geplant.

Roy Kreutzer: Rügt, dass die Protokolle der AStA-Sitzungen nicht zeitnah online gestellt werden. Nachfrage zum studentischen Bezug des AStA-Beschlusses 3366 mit der zusätzlichen Frage, warum erneute Drucke des Aufklebers ‚Sexistische Kackscheiße‘ bewilligt wurden, anstatt das anhängende Verfahren gegen den AStA zunächst abzuwarten.

Vicky Kindl: Die Aufkleber wurden im vergangenen Jahr im Rahmen der Ausstellung ‚Sexismus in der Werbung‘ entwickelt. Der studentische Bezug ergibt sich über dieses Projekt.

Steffen Brumme: Ein anhängendes Verfahren begründet nicht die Einstellung weiterer Druckauflagen. Es handelt sich um ein mit der Praxis verbundenes Projekt, welches in der Studierendenschaft auf große Resonanz stößt.

Steve Kenner: Findet die neuen Aufkleber auch ganz schrecklich (weil sie nicht mehr so schön glitzern).

Benjamin Mosebach: Sexismus ist in der Uni dauerhaft präsent. Das allein rechtfertigt den studentischen Bezug.

Steve Kenner: Heute lief an der Universität eine Akkreditierung. Gibt es eine erste Einschätzung?

Susanne Eckler: Der Prozess wird kritisch begleitet.

Björn Ruberg: Bittet, die Kriterien für den Ankauf der Anlage für das Freiland noch einmal auszuführen.

Claudia Fortunato: Drei Angebote liegen dem AStA vor. Spezialtechnik in diesem Umfang ist nicht leicht zu beschaffen, auch im Hinblick auf weitere Angebote. Die Studierendenschaft arbeitet mit dem präferierten Anbieter bereits lange zusammen und geht von einem fairen, ausgeglichenem Angebot aus. Diese Debatte ist eigentlich abgeschlossen und sollte nicht künstlich verlängert werden.

Björn Ruberg: Die betreffenden Kalkulation sind dem StuPa vorzulegen.

Steve Kenner: GO-Antrag auf Schließung der Debatte zur Anlage im Freiland. (Es werden einvernehmlich noch drei Redner zugelassen, auf welche zehn Minuten Sitzungspause folgen sollen).

Roy Kreuzer: Die Einsehbarkeit der Angebote war bislang nicht bekannt, sowie auch deren Anzahl. Wo waren diese Informationen vor der Abstimmung auf der letzten Sitzung?

Steffen Brumme: Die schlechteren Angebote bei Finanzbeschlüssen wurden auch vom vorangegangenen AStA in keinem Fall vorgelegt. Diskussionspunkt war das vom AStA bevorzugte und zur Abstimmung gesellte Angebot.

Benjamin Stahl: Alle mir bislang bekannt gewordenen RSB des AStA gingen stets am Sitzungstag oder am Tag zuvor beim Präsidium ein. Die Referenten entschuldigten sich hierfür stets. Auch um diese laufenden Entschuldigungen zukünftig zu vermeiden, wird um eine allgemeingültige Vereinbarung gebeten, wann die RSB vorzuliegen haben.

Claudia Fortunato: Eine entsprechende Vereinbarung wurde bereits getroffen. Sie lautet, dass die RSB Freitags vor der Sitzung um 12:00 Uhr dem Präsidium vorliegen sollen. Der AStA bekräftigt, sich zukünftig an diese Vereinbarung zu halten.

TOP 6 - Freiland-Aussprache

Einschätzung der Universitätsleitung

E-Mail vom 09.01.2012 - Herr Dr. Gallinat

,Liebe Mitglieder des AStA, wie bereits telefonisch mit A. Gayko besprochen sende ich die Einschätzung des Dezernenten für Personal- und Rechtsangelegenheiten zur Kenntnis. Nach meiner (Herrn Kurlemanns) Einschätzung ist die Angelegenheit wie folgt zu beurteilen, wobei er davon ausgeht, dass das Schreiben des Präsidiums den Sachverhalt korrekt und vollständig wiedergibt:

Der Beschluss ist wirksam zu Stande gekommen, da das StuPa beschlussfähig war. Ob davor eine Pause, von welcher Dauer auch immer, stattgefunden hat, ist unerheblich. Vielmehr hätten die Gegner des Beschlusses sich ab 22:10 Uhr um die Fortsetzung der Debatte / Abstimmung kümmern müssen, was durch ihre Absenz wohl unterblieben ist. Eine Regelung, dass nach einer festgelegten Pause die Sitzung automatisch weiterläuft und deswegen später gefasste Beschlüsse unwirksam sind, gibt es nicht.

Anders mag die Sachlage zu beurteilen sein, wenn StuPa-Abgeordnete bewusst durch ein unkorrektes Zeitmanagement von der Sitzungsteilnahme abgehalten worden wären. Dafür bestehen keine Anhaltspunkte. Herr Kurlemann geht vielmehr davon aus, dass die Nichtfortführung der Sitzung einvernehmlich erfolgte.

Mit freundlichen Grüßen, Gallinat'

Steve Kenner: Drückt sein Entsetzen über den Versuch aus, dass ausgerechnet eine grüne Liste versucht hat, die Fortführung der Sitzung durch geschlossenes Verlassen zu boykottieren. Anerkennt aber jene Abgeordnete der GAL, die dieses Verhalten nicht zu rechtfertigen suchen.

Benjamin Stahl: Verweist noch einmal auf die gängige Praxis der Opposition im Deutschen Bundestag, Sitzungen, bei zu wenigen Abgeordneten der Regierungsfraktionen, beschlussunfähig werden zu lassen. Alle Fraktionen im Bundestag verfügen über eigene parlamentarische Geschäftsführer, deren einziger Aufgabenbereich die Sicherstellung der Anwesenheit bei wichtigen Abstimmungen und stete Kenntnis des Aufenthaltsortes der eigenen Abgeordneten ist. Beide Verhaltensweisen, die der GAL, wie die der AStA-tragenden Listen sind Ausdruck eines parlamentarischen ‚Spielzeuges‘ und habe nichts anrühiges inne.

Roy Kreuzer: Stellt fest, dass auch die Rechtsaufsicht der Universität keine letzte juristische Instanz darstellt und fehlbar ist. Die Benachrichtigung über eine Entscheidung hätte überdies bereits im Vorfeld an die Beteiligten verschickt werden sollen.

Jakob Weißinger: Lässt noch einmal festhalten, dass es sich um den Antrag einzelner Abgeordneter und nicht der GAL handelt, was in den Aufzeichnungen zu korrigieren ist.

Hartmut Phieler: Dankt für den Hinweis zum Verfahren beim Deutschen Bundestag, möchte den Fokus jedoch auf die Frage lenken, wie sinnvoll eine solche Praxis ist. Es war seitens der Abgeordneten, welche die letzte Sitzung vorzeitig verließen keine Darlegung ihrer Beweggründe erfolgt.

Steve Kenner: Bezweifelt die demokratische Art einer solchen Vorgehensweise auch soweit sie beim Deutschen Bundestag Anwendung findet. Nicht alles sollte von der Studierendenschaft übernommen werden.

Benjamin Stahl: Die Geschäftsordnung des Bundestages, sowohl in der schriftlichen Beantwortung an die Antragsteller, als auch jetzt hier im Plenum, erfolgt, da die Ordnungen der Studierendenschaft erhebliche Regelungslücken aufweisen. Die GO des Bundestages dient hier als politisch anerkanntes Referenzmittel. Eine Anzweiflung der demokratischen Art im Vorgehen lasse ich im Raum stehen, jedoch darf diese nicht, wie vereinzelt geschehen, zu Vergleichen von Handlungsweisen von Mitgliedern der Studierendenschaft mit Handlungsweisen des Nationalsozialismus führen. Diese verbieten sich, ohne dass das Präsidium hierauf separat hinweisen sollen müsste.

David Kolesnyk: Die Regelungen in den Parlamenten auf Landesebene ist unterschiedlich. Nach Einzelnen hätte in einer solchen Situation die Möglichkeit bestanden, selbst bei festgestellter Beschlussunfähigkeit, noch am selben Tag eine erneute Sitzung mit dem selben Tagesordnungspunkt einzuberufen. Die Beschlüsse wären selbst dann rechtmäßig zu Stande gekommen, soweit die GAL mit ihrem Versuch die Beschlussunfähigkeit herbeizuführen erfolgreich gewesen wären.

Susanne Eckler: Nicht jedes Detail kann in unseren Ordnungen geregelt werden. Es ist durchaus möglich diese intern auszulegen. An Roy der Hinweis, dass es paradox sei, erst die Rechtsaufsicht einzuschalten und dann deren Auffassung wieder offen anzuzweifeln.

Björn Ruberg: Bezweifelt die Neutralität des Präsidiums bei der zu spät erfolgten Fortsetzung der Sitzung und sieht eine Aufgabenentfremdung der verfassten Studierendenschaft. Nicht die Förderung der eigenen Studierenden, sondern die Bevorteilung externer Partner zur politischen Bewegung von Geldern wird hier praktiziert. Ist für die Anlage, welche der AStA kaufen wird ein schriftliches Angebot vorhanden und wird dieses nebst anderen Angeboten zur Prüfung an die Abgeordneten weitergeleitet?

Daniel Sittler: Sieht keinen Machtmissbrauch des Präsidiums und spricht sein vollstes Vertrauen aus.

Norman Siewert: Lobt die umfassende Einschätzung des Präsidiums, auch soweit diese durch die vorzeitige Einschaltung der Rechtsaufsicht vergebens war.

David Kolesnyk: Die betreffenden Beschlüsse wären im Zweifel schlicht wiederholt worden und hätten inhaltlich nicht aufgehoben werden können, da die Mehrheitsverhältnisse im Parlament hier unmissverständlich sind. Der Vorwurf eines Machtmissbrauches wird zurückgewiesen.

TOP 7 - Anträge

Einvernehmlich wird beschlossen, TOP 7 C zur Satzungsreform als neuen TOP 7 A in der Behandlung vorzuziehen und damit TOP 7 A alt zu TOP 7 B neu, sowie TOP 7 B alt zu TOP 7 C neu zu versetzen.

TOP 7 A - Erhöhung der Sozialfonds

Es folgt eine kurze Darlegung des Antrages von Benjamin Stahl (LHG), den Grundfreibetrag des § 1 III Satz 1 der Ordnung zum Sozialfonds von momentan 290,00 € auf 400,00 € anzuheben und eine strukturelle Überarbeitung der Absätze I bis IV in die Arbeitsgruppe für eine Satzungsreform (TOP 7 C) zu übernehmen.

Das Plenum bekundet seine grundsätzliche Befürwortung und einigt sich auf die Einladung des Sachbearbeiters für den Sozialfonds zur nächsten Sitzung, um nähere Details zu möglichen Auswirkungen zu erfahren.

Susanne Eckler stellt ein Antrag auf Vertagung des TOP zur Sitzung am 31.01.2012. Der Antrag wird 16-0-2 angenommen.

TOP 7 B - Aussprache zum Ermittlungsverfahren

Daniel Sittler: Sieht durch eine Aussprache im StuPa die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen Referenten verletzt und stellt einen GO-Antrag auf Streichung des Tagesordnungspunktes und Löschung aller betreffenden Daten. Die das Ermittlungsverfahren betreffenden Anträge liegen zwei Jahre zurück, der AStA könne hier auch keine Auskünfte mehr geben.

Benjamin Stahl: Erläutert, dass ihm der Anzeigensteller persönlich bekannt ist und legt kurz die Beweggründe des Antrages dar. Zentral sei dabei, dass die Strafanzeige nicht gegen Privatpersonen gerichtet ist, sondern gegen die öffentlich-rechtliche Institution des AStA. Damit ist nicht nur das Argument betroffener Persönlichkeitsrechte ausgehebelt, sondern es ergibt sich vor allem die inhaltliche Zuständigkeit des amtierenden AStA, als aktueller Vertreter der Institution.

Die Einbringung eines Antrages auf Aussprache über das laufende und akut werdende Ermittlungsverfahren gegen den AStA erfolgte dabei aus zwei Überlegungen.

Erstens ist das StuPa das Kontrollorgan des AStA. Liegt gegen den AStA ein Antrag auf Einleitung eines Strafverfahrens wegen des Vorwurfes von Veruntreuung studentischer Gelder in Höhe von 22.000,00 € auf dem Tisch, so ist das StuPa nicht berechtigt, sondern verpflichtet den AStA zur politischen Rechenschaft aufzufordern, unabhängig von jeder juristischen Einschätzung oder Bewertung.

Zweitens hat Herr Sittler hier offensichtlich nicht verstanden, dass der Antrag auch ein Entgegenkommen an den AStA darstellt. Durch die Bekanntgabe aller einzelnen Beschlüsse, welche in ihrer Summe die Grundlage für die Strafanzeige bildeten, kann sich der AStA nunmehr erstmals inhaltlich mit der Anzeige auseinandersetzen und sich auf das bevorstehende Verfahren vorbereiten. Die alternative Vorgehensweise wäre es gewesen, die Papiere unter Verschluss zu halten und den AStA unvorbereitet vor Gericht ‚gegen die Wand fahren zu lassen‘.

Es folgt eine einvernehmliche Beratungspause der Fraktion für zehn Minuten und die darauf folgende Abstimmung über den GO-Antrag von Daniel Sittler. Der Antrag wird vom StuPa 7-5-3 zurückgewiesen. Eine weitere Aussprache erfolgte jedoch nicht.

Persönliche Erklärung von Björn Ruberg [GAL]

"Es ist skandalös, dass die AStA-tragenden Listen über das Strafverfahren wegen Veruntreuung studentischer Gelder gegen einen von ihnen gestellten AStA nicht einmal befassen wollen. Genauso werte ich die von diesen geäußerten Aufforderungen, jeden Hinweis auf dieses Verfahren aus den öffentlichen Sitzungsunterlagen zu streichen."

Persönliche Erklärung von Benjamin A. Stahl [LHG]

„Ich empfinde es als schade, dass weite Teile der AStA-tragenden Listen nicht verstanden haben, dass es hier mit Nichten um Parteipolitik oder Taktieren geht. Als Mitglied des Präsidiums gehört es zu meinen Aufgaben die Rechte des Parlamentes und damit der Abgeordneten nach außen zu vertreten. Ein zentrales Recht ist die Kontrolle über das Gebaren des AStA.

Ich akzeptiere, dass persönliche Bekanntschaften und die Zugehörigkeit von AStA-Referenten zu den eigenen Listen eine kritische Begleitung gelegentlich erschweren können. Auf gar keinen Fall aber dürfen Abgeordnete des Studierendenparlamentes ihre eigenen Rechte und Pflichten mit Füßen treten, indem sie selbst eine Aussprache über Missbrauchsvorwürfe gegen den AStA zu verhindern suchen.

Soweit das Präsidium nicht zum Grüßaugust verkommen soll, müssen sich die Abgeordneten des StuPa fragen, ob sie es zukünftig befürworten wollen, dass das Präsidium die Rechte des Parlamentes vertritt. Wer diese Frage negiert, sollte die weitere Ausübung seines Mandates überdenken.’

TOP 7 C - Satzungs- und Wahlreform

Der Antragsteller Benjamin Stahl (LHG) stellt den Antrag kurz dar und führt aus, dass es durch eine Reihe von Satzungsänderungen in letzten Jahren zu Dopplungen, Widersprüchen und Regelungslücken in den Ordnungen der Studierendenschaft gekommen sei. Die drei Grundlinien (1) Das Studierendenparlament wird gewählt, (2) Das StuPa wählt andere Gremien der verfassten Studierendenschaft und (3) Das StuPa trifft interne Beschlüsse, sollen zukünftig auch in den Ordnungen wieder klar von einander getrennt werden.

Daneben sollen die Wahl- und Abstimmungsverfahren zu diesen drei Bereichen, insb. im Hinblick auf Verzerrungen durch die Sitzzuteilung nach Hare/Niemeyer, neu verfasst werden. Hierzu soll eine Arbeitsgruppe nach § 15 StuPa-GO eingerichtet werden, welche fraktionsübergreifend Reformvorschläge ausarbeitet.

Jakob Weißinger: Betont den möglichen Missbrauch einer solchen Ausarbeitung, da nur ausgewählte Abgeordnete an ihr teilnehmen würden.

Patrick Gumprich: Bezweifelt die Effizienz einer Arbeitsgruppe im Hinblick auf zeitnahe und verwendungsfähige Ergebnisse.

Benjamin Stahl: Satzungsänderungen benötigen eine 2/3-Mehrheit im StuPa. Ein Missbrauch der Teilnehmer zur Veränderung am StuPa vorbei ist somit ausgeschlossen. Unterbreitet den Vorschlag, dass jede Liste zur nächsten Sitzung einen Vertreter in die Arbeitsgruppe entsendet, damit eine fraktionsübergreifende Ausarbeitung erfolgen kann.

Die Befürchtung hinsichtlich mangelnder Effizienz wird durchaus anerkannt, weshalb eine solche Arbeitsgruppe nicht regelmäßig, sondern möglichst als einmalige Blockveranstaltung tagen sollte.

Es folgt die Behandlung über die Einrichtung der Arbeitsgruppe und die Entsendung von einem Teilnehmer je StuPa-Liste in gemeinsamer Abstimmung. Die Anträge werden 17-0-2 angenommen.

TOP 8 - Einrichtung einer Umweltkommission

Dem Parlament liegt ein Initiativantrag der Hochschulvereinigung UniSolar Potsdam vor. Das StuPa beschließt die Behandlung des Antrages 18-0-0. Der Antrag an das StuPa zielt auf die Unterstützung einer Beschlussvorlage, welche dem Senat der Universität Potsdam zur Einrichtung einer Umweltkommission vorgelegt werden soll.

Björn Ruberg: Kommissionen sind nicht per se zur Lösung geeignet. Zum einen sind häufige, ergebnislose Sitzungstermine zu erwarten und zum anderen können bestimmte Personengruppen nicht durch einen StuPa-Beschluss zur Teilnahme verpflichtet werden. Eine Zustimmung im Senat wird sehr unwahrscheinlich.

Daniel Sittler: Mögliche Sitzungstermine können flexibel gelegt und an Situationen angepasst werden. Es handelt sich um einen universitätsöffentlichen Antrag, der den Senat im Falle einer Ablehnung in einen Begründungszwang setzen soll.

Patrick Gumprich: Die von den Antragstellern vorgesehene Zusammensetzung der Umweltkommission (2 Hochschullehrer, 4 Studierende) wird auf der Senatssitzung äußerst schwierig zu begründen und durchzusetzen sein.

Björn Ruberg: Alle Kommissionen müssen sich aber leider an die Grundordnung der Universität halten. Sie sind grundsätzlich nur beratend tätig und haben keinerlei Entscheidungsbefugnis über finanzielle Angelegenheiten. Die im Antrag geforderten 5000 Euro Budget sind zwar eine interessante Idee, aber kann es nicht geben, da einzig die Kanzlerin die Entscheidungsbefugnis hat. Man könnte allenfalls die Einrichtung eines Haushaltstitels fordern.

Marie Schäffer: Antrag auf sofortige Abstimmung. Eine Gegenrede erfolgt nicht. Die Einrichtung einer Umweltkommission wird 18-0-0 und somit einstimmig vom StuPa unterstützt.

Für das StuPa am 31.01.2012

Aus AStA

Inhaltsverzeichnis

- 1 Ökologie
- 2 Geschlechterpolitik
- 3 Externe Hopo
- 4 Antifaschismus/Antimilitarismus
- 5 Kultur/Montagskultur/Sommerfest
- 6 Campuspolitik/Verkehrspolitik
- 7 Sozialpolitik
- 8 Finanzen
- 9 Ausländische Studierende
- 10 Öffentlichkeitsarbeit

Ökologie

- Vorbereitung zur Umwelt-Kommission (Vortreffen mit Kanzlerin, Verbesserungen am Papier, Kontaktaufnahme zu UnterstützerInnen)
- Mit-Organisation von UniSolar-Podiumsdiskussion zum Thema "Energiewende an der Hochschule" am 23.01.2012

(Einladung/Werbung/Catering) + Erstellung von PM (<http://www.unisolar-potsdam.de/?p=1858>)

- Mitarbeit an Bewerbungskommission Bafög und Soziales
- Vorbereitung Klausurtagung
- Konzepterstellung zur Implementierung eines Nachhaltigkeitsmoduls nach Vorbild der Uni Tübingen in StudiumPlus, Kontaktaufnahme mit StudiumPlus
- Teilnahme an UniSolar-Plena, AStA-Sitzungen, AStA-Tresen am 20.01.
- Flyer erstellt für Netzwerktreffen "Klimagerechte Hochschule" (4.-6. Mai)

Geschlechterpolitik

Externe Hopo

- Kommunikation und Treffen mit Rechtsanwalt Trenczek zu laufenden Verfahren, Zwangsex/Rückmeldeproblematik
- Vorbereitung Verfahren Normenkontrollverfahren Exmaordnung
- Kommunikation und Treffen mit dem Unipräsidium zur Rückmeldeproblematik
- Kooperation mit der Prüfungsrechtsberatung zur Frage Zwangsex/Rückmeldeproblematik
- Kommunikation mit dem LaLeB zur Rückmeldeproblematik
- Kommunikation mit Landespolitiker_innen zur Rückmeldeproblematik
- Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Rückmeldeproblematik

- Mitverfassen Stellenausschreibung BAföG- Sozialberatung sowie Vorbereitung des Auswahlverfahrens
- Nachbearbeitung des Bildungsprotests im vergangenen Jahr
- Vorbereitung und Durchführung des BrandStuVe-Gesprächs mit dem MWFG

Antifaschismus/Antimilitarismus

Referent: Stefan Schmidtke

- weitere Vorbereitungen und Durchführung der Informationsveranstaltung zu staatlicher Repression und Überwachung am Beispiel Simon Brenners
- planen und organisieren der Antifa-Aktions-Woche Dresden und seine Nazis! vom 05.02. bis 10.02. in Potsdam
- beraten verschiedener Leute, die gerne Anträge stellen wollen und Hilfe brauchten
- Abrechnung und Auswertung vergangener Veranstaltungen (zum Beispiel Infoveranstaltung im Rahmen "Antifa United")

Kultur/Montagskultur/Sommerfest

- Referatsarbeit im Engeren:
 - Sommerfest:
 - Bandanfragen - Booking - Line-Up-Basteln
 - Aufgabensammlung/Aufgabenpakete/GanttDiagramm
 - Finanzaufnahme/Antragsschreiberei
 - Suche nach Fundraising-Optionen
 - Ideensammlung PR-Konzept
 - Kontaktaufnahme zu Inis
 - Vorbereitung/Durchführung/Nachbereitung Plaungstreffen am 24.01.
 - nächstes Treffen: 04.02. (ja, ein Samstag) um 14 Uhr im KuZe
 - Ekze MV; AStA-Bericht und Benne ist jetzt im EkZe-Vorstand
 - Maßnahmen zur Herstellung von Arbeitsschutz im KuZe
 - Kontaktarbeit zu Studentenwerk
 - Beteiligung an der Einarbeitung von Heiko (KuZe-Tech)
 - Unterstützung der Veranstaltungen des AntiFa-Referats
 - Durchgeführte MoKus
 - 9.1. Philosophisches Cafe (5)
 - 16.1. Launce
 - 23.1. Hörspiel-Lounge No2 (ausgefallen)
 - geplante MoKus
 - 6.2. "Neonazistische Strukturen in Brandenburg" // Konzert: Jars, Ussy, Argument
 - 17.9. the shondes (Brooklyn, NY)
- Andere AStA-Arbeit:
 - Sonntagsöffnungszeiten Gsee-Bib - Begleitung und Unterstützung der stud. Beschäftigten mit Jobberatung, GEW und GEW-Studis
 - Moderatorinnen-Suche für Klausurtag

Campuspolitik/Verkehrspolitik

Verkehr

Referent: Ansgar Seng

Zeitraum: 11.01.-27.01.

- Treffen mit der ViP, Überlegungen zur zukünftigen Gestaltung des X5
- Vertragsaushandlungen mit nextbike, endgültiger Entwurf kommt hoffentlich im Februar
- S-Bahn-Entschädigung 3, Endabrechnung mit S-Bahn, Einzelfallbearbeitung
- Vorbereitung und Moderation des Gremienworkshops engagementUP
- Vorbereitung der AStA-Klausurtagung
- Teilnahme VeFa-Sitzung 26.01.
- AStA-Kaffeetresen am 27.01.
- Unterzeichneten SemTix-Vertrag abheften :)

Sozialpolitik

Finanzen

Ausländische Studierende

Öffentlichkeitsarbeit

Referat für Geschlechterpolitik

Liebes Stupa,

hier mein Rechenschaftsbericht:

- Beratung zu und Unterstützung von Studierendenanträge z.B. "Feministische Philosophie?!", „Kolonialismus und Neokolonialismus- Bruch oder Kontinuum?“
- Teilnahme als Asta-Referentin an der Veranstaltung "Karrierewege in der Wissenschaft" (mit geschlechtsspezifischen Schwerpunkt)
- Teilnahme an der bundesweiten Auswertung der fzs-Aktionswoche gegen Sexismus und Homophobie
- Teilnahme an Umfrage über Gleichstellungssituation an der Uni Potsdam vom fzs
- Mitarbeit bei der Vorbereitung der Antifa Aktionswoche zu Dresden
- Sammlung von Ideen zum diesjährigen Internationalen Frauentag am 8. März

Viele Grüße, Annabell

Referat für Antimilitarismus

Hallo verehrtes StuPa,

um meiner Pflicht gegenüber diesem hohen Haus Genüge zu tun, möchte ich euch gern berichten, was ich im AStA in letzter Zeit so getan habe, auch, wenn dies wieder einmal nicht so ergiebig gewesen sein mag.

Zuerst zur Erklärung des Fehlens des letzten Rechenschaftsberichts: Naja, es war Weihnachten und in den Tagen danach habe ich mir - wozu hat Mensch sonst frei - eine recht ausgeprägte Angina eingefangen, die mich vom 30.12. bis zum 10.01. fast durchgängig ans Bett gefesselt hat, daher erübrigte es sich, eine Mail zu schreiben, die so ziemlich gar nichts beinhaltet hätte. (Ja, im Prinzip hätte ich es natürlich trotzdem tun müssen).

Zu den Aktivitäten in letzter Zeit:

- das übliche: AStA-Sitzungen mit Vor- und Nachbereitung,
- Mitarbeit bei der Planung der Klausurtagung,
- Artikel für die up_klatsch zum Preußenjahr 2012,
- Abstimmung mit der Norbert-Fiebelkorn-Stiftung über mögliche Formen der Zusammenarbeit,
- Gespräche mit der Friko (Friedenskoordination) Potsdam über gemeinsame Aktionen z.B. zum Ostermarsch.
- schwierig zur Zeit: Abstimmung zum letztendlichen Inhalt der Broschüre, des Flyers zur Garnisonkirche, sowie die Abstimmung mit den präferierten Referent_Innen z.B. zum Thema zivil-militärische Zusammenarbeit.

Jepp, sieht nicht nach viel aus, ist aber jede Menge nervender Kleinkrams

Grüße, Jan

Referat für Ausländische Studierende

- Arbeitstreffen mit der FAU bezüglich des Themas Uni-Assist →Planung einer gemeinsamen Veranstaltung an der Uni Potsdam
- Mobilisierung von Studis für das GEW-Seminar und Anmeldung von Studierenden für das GEW Seminar zur „Beratung von ausländischen Studierenden“ in Marktbreit
- Erstellung und Planung eines Konzeptes zur Veranstaltung „Forum für den Austausch ausländischer Studierender“ im April



**Allgemeiner
Studierendenausschuss
der Universität Potsdam**

AStA der Universität Potsdam | Am Neuen Palais 10 Haus 6 | D-14469 Potsdam

Stupa Uni Potsdam

Daniel Sittler

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Am Neuen Palais 10 Haus 6
D-14469 Potsdam

Telefon 0331. 977 -1225

Telefax 0331. 977 -1795

pr@asta.uni-potsdam.de
www.asta.uni-potsdam.de

Potsdam, 30.01.2012

Rechtschaftsbericht No.2 Januar 2012

Herzallerliebste Mandatsträger_innen,

hier nun unser RSB:

- Flyer Aserbaidshan-„Themenabend“
- Flyer Kri-Mi-Reihe
- Flyer Antifa-Aktionstage
- Mitarbeit Zwangsexma (u.a. PM, Beratung von Studis, studis-list-Mails)
- Layouten/drucken/bestellen von verschiedenen Flyern (Moku, etc.)
- Mailnewsletter für studis@
- allgemeine Pressearbeit (verschiedene PM's und Stellungnahmen)
- allgemeine Bürotätigkeiten/Teilnahme an AStA-Sitzungen/Sprechzeiten

Auf den nächsten Seiten findet ihr ein paar „Arbeitsproben“ der letzten Wochen.

Mit freundlichen Grüßen

Franz und Daniel

ASERBAID'SCHAN

Eintritt frei!

Kultureller Abend Aserbaid'schan

Themen: Kultur/Politik/Wirtschaft

**Für Musik und regionale
Spezialitäten ist gesorgt!**

25.01.12 // 17:00 Uhr

Campus Neues Palais

Haus 8 // Raum 060



**05.02. (So) [a] ALP
Black Fleck - 18:30**

Infoveranstaltung zum Naziaufmarsch in Dresden '12

Auch 2012 werden wir den Naziaufmarsch in Dresden blockieren. Die Mordserie der in Sachsen untergetauchten Nazis zeigt einmal mehr, wie wichtig entschlossenes antifaschistisches Handeln ist. Antifaschistisches Engagement darf nicht kriminalisiert, sondern muss unterstützt werden. Jahrelang sind Anschläge, Nazigewalt und Waffenfunde in der Naziszene begatelt worden. Schluss damit!

Wir geben den Nazis keinen Meter Straße preis. Wir blockieren sie in Dresden: bunt und lautstark, kreativ und entschlossen!

Bei der Veranstaltung wird es aktuelle Infos zum diesjährigen Naziaufmarsch in Dresden und zu den Bussen von Potsdam nach Dresden geben.

**06.02. (Mo) Apabiz
KuZe - 18:00**

Neonazistische Strukturen in Brandenburg

Brandenburg gehört zu den Bundesländern mit den meisten neonazistisch motivierten Gewalttaten in Deutschland. Trotz des insgesamt unwirksam aufbereiteten repressiven Vorgehens von Polizei und Justiz floriert die Neonaziszene weiter. Neonazi-Kameradschaften treiben ihr Unwesen, bei vielen Jugendlichen ist RechtsRock akzeptierter Bestandteil der CD-Sammlungen, rechter Lifestyle, Gewalt und Bedrohung gehören in vielen Regionen zum traurigen Alltag. Zwar flog die DVU 2009 nach zwei Legislaturperioden aus dem Landtag und auch der NPD misslang der Einzug. Doch auf kommunaler Ebene verfügen die Neonazis über zahlreiche Mandate, die eine schleichende Etablierung befürchten lassen und daher politisches und zivilgesellschaftliches Handeln absolut notwendig machen. Der Vortrag bietet Reflexionen darüber, welche ideologischen Inhalte dieser Szenerie zugrundeliegen und wie sich diese in Brandenburg äußern. Zudem werden Fakten über den Grad neonazistischer Organisation und die Verbreitung rechter Meinungen in der Bevölkerung geliefert. Ein Schwerpunkt ist die Vorstellung rechter Strategien anhand jeweils aktueller Beispiele aus der Kameradschaftsszene.

**07.02. (Di) Apabiz
Griebnitzsee (3.06.512) 18:00**

Das Versteckspiel - Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen & extrem rechten Gruppen

Das Hakenkreuz und den Gruß „Heil Hitler“ kennen alle. Doch was tun, wenn solche Inhalte versteckt werden und aus «Heil Hitler» die 88 wird? Was für Außenstehende unauffällig wirkt, hat für die, die sich auskennen und es verwenden, eine enorme Bedeutung. Die mehreren Hundert bekannten Zeichen, die verdeckt oder offen eine politische Orientierung nach rechts mitteilen, sind für das ungebildete Auge zunehmend schwerer zu erkennen und zu entschlüsseln. Für Gleichgesinnte hingegen sind sie Erkennungsmerkmal und vermitteln ein Gruppengefühl, zudem transparentes Symbol sie eine politische Botschaft. Ein zunächst unscheinbares Symbol kann somit eine große Bedeutung haben. So sind z.B. Symbole der nordischen Mythologie bei Neonazis äußerst beliebt, auch wenn sie nicht eindeutig neonazistisch sind. Sie bieten jedoch Anknüpfungspunkte und ermöglichen durch entsprechende Interpretation eine rechte ideologische Aufladung. Desweiteren werden NS-Symbole - teils explizit, teils codiert - von Neonazis genutzt, um einen positiven Bezug auf das Dritte Reich herzustellen. Den komplexesten Bereich stellen die facettenreichen Symbole und Codes mit jugendsubkultureller Anbindung dar. Der Vortrag/Workshop soll eine Hilfestellung liefern, Neonazis im Alltag erkennen zu können und die z.T. versteckten Botschaften zu entschlüsseln, um entsprechend handeln zu können.

**08.02. (Mi) Apabiz
Sputnik - 19:00**

Bunt und Braun? - Ideologien, Propaganda und die „neuen“ Themen der Neonazis von heute

Neonazis sind „Globalisierungsgegner“ und „Antikapitalisten“, sie sorgen sich um Arbeitsplätze, um die Sicherheit der Bürger, um eine intakte Umwelt und um die „Vielfalt der Kulturen“ - dies möchte man sich fast meinen, wenn man sich die neonazistische Propaganda von heute ansieht. Plumpe „Ausländer raus“ - Demagogie und Hakenkreuzfeindschismus sind populistischen politischen Forderungen gewichen, Positionen der gesellschaftlichen Mitte werden aufgegriffen und mit radikalen Lösungsvorschlägen angereichert. Parallel dazu mischen sich nationalitäre Grobmachtisphantasien mit „pseudo-antifemalischer Rhetorik. Linke Symbolik erfährt eine Übernahme von rechts und die Aufmärsche bieten zweifellos eine buntes Miteinander von schwarzem, schwarz-weiß-rotem, Reichskriegs- und Palästinafahnen. Vieles ist nicht (mehr) auf den ersten Blick als extrem rechts zu erkennen.

Busse nach Dresden:

Zur gemeinsamen Anreise zu den Blockaden gibtes Busse, die am Samstag den 18.02. vom Potsdamer Hauptbahnhof nach Dresden fahren. Gegen eine kleine Unkostenbeteiligung könnt ihr mit dem Bus hin- und zurück fahren und werdet mit Karten und aktuellen Informationen versorgt!

Anmeldung und Infos unter:

<http://antifa-brandenburg.de/>

Kontakt (weitere Infos):

asta.uni-potsdam.de

antifa@asta.uni-potsdam.de

www.antifa-potsdam.de

acalp@gmx.net

www.apabiz.de/

mail@apabiz.de



09.02. (Do) Apabiz Griebnitzsee (3.06.513) – 19:00

Antisemitismus – was ist das eigentlich?

In dieser Veranstaltung geht es darum, Interessierten einen Einstieg in das Thema Antisemitismus zu bieten. Durch allgemeine Begriffserklärungen soll Licht in die doch oft verwirrenden Begrifflichkeiten gebracht werden. Erläutert werden die verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus (z.B. Antijudaismus, moderner Antisemitismus, Antisemitismus nach 1945) mit dem Ziel, den Blick zu schärfen, um antisemitischen Stereotypen entgegenwirken zu können.

10.02. (Fr) [a] alp Babelsberg – 18:30

Infoveranstaltung zum Naziaufmarsch in Dresden '12

Auch 2012 werden wir den Naziaufmarsch in Dresden blockieren. Die Mordserie der in Sachsen untergetauchten Nazis zeigt einmal mehr, wie wichtig entschlossenes antifaschistisches Handeln ist. Antifaschistisches Engagement darf nicht kriminalisiert, sondern muss unterstützt werden. Jahrelang sind Anschläge, Nazigewalt und Waffenfunde in der Naziszene bagatellisiert worden. Schluss damit!

Wir geben den Nazis keinen Meter Straße preis. Wir blockieren sie in Dresden: bunt und lautstark, kreativ und entschlossen!

Bei der Veranstaltung wird es aktuelle Infos zum diesjährigen Naziaufmarsch in Dresden und zu den Bussen von Potsdam nach Dresden geben.

(genauer Ort noch unklar,
aktuelle Infos: antifa-potsdam.de)

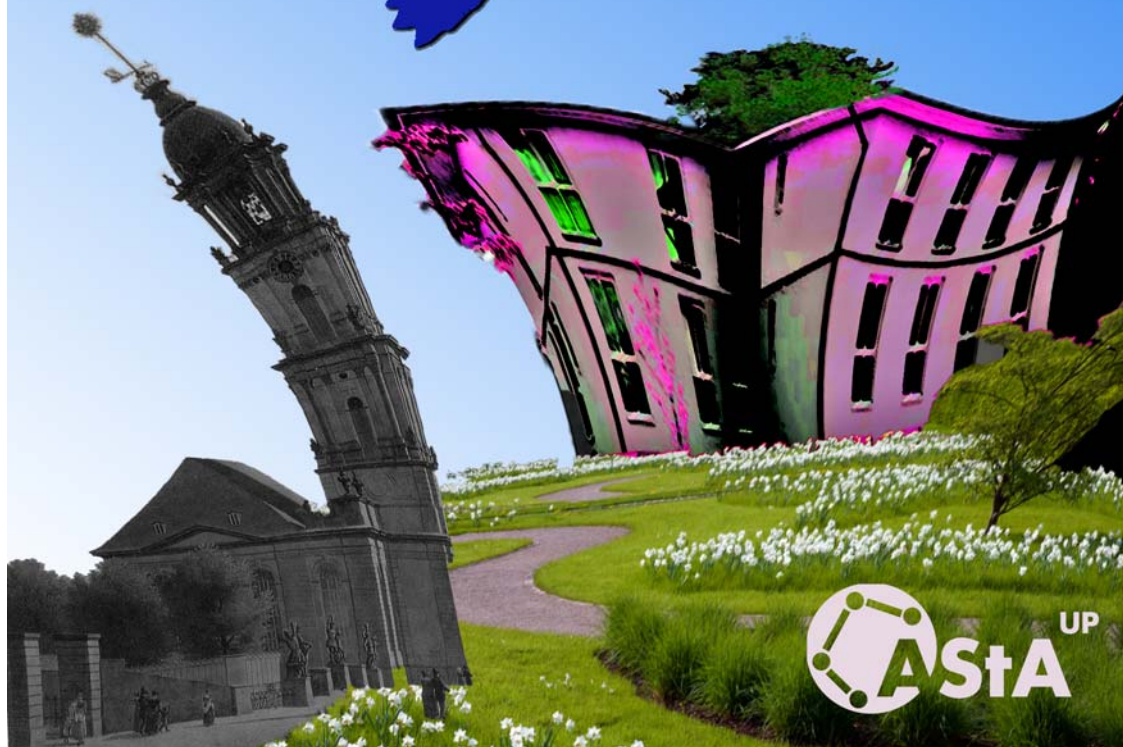
Antifa Aktions Woche

05.02. - 10.02.

Dresden und seine Nazis!

Infos zu brauner Ideologie,
modernen Nazis und dem
Trauermarsch in Dresden

!WOHNRAUM!
statt
Garnisonkirche



Antrag Potsdamer Hochschulsommerfest – Kulturreferat AStA UP

Das Studierendenparlament der Universität Potsdam möge beschließen:

Die Studierendenschaft der Universität Potsdam beteiligt sich mit 7.500 € an den Kosten des Sommerfestes und beantragt beim Studentenwerk Potsdam 15.000 € zur Förderung des Festes.

Begründung:

Siehe anliegender Konzeptbogen.

Liebe StuPa-Abgeordneten.

Wie ihr wisst, ist demnächst der Kauf des KuZe-Geländes wieder akut.

Um das sauber in die Wege zu leiten, müssen wir uns um die ausstehenden Forderungen des jetzigen Eigentümers kümmern.

Diese bestehen aus

- der seit April 2011 nicht gezahlten IKU
 - einigen Forderungen aus widersprochenen Betriebskostenabrechnungen
 - Feuerwehrfehleinsatzkosten
 - Brandmeldeanlagenwartungskosten
- und einigen kleineren Summen.

Insgesamt fordert der Vermieter um die 45.000 €

In zähen Verhandlungen hat unser Anwalt eine Übereinkunft erzielt, in der nur 28.657,07 € gezahlt werden müssen.

Dieser Betrag besteht zum Großteil aus schon (in vergangenen Jahren) in unserer Buchhaltung erfassten aber noch nicht gezahlten Forderungen, die bei uns noch offene Posten darstellen, also durchaus schon beschlossen wurden.

Der Vermieter besteht nun darauf, dass wir ihm die Zahlung dieser Kosten zusichern. Dazu wurde der im Anhang befindliche Vertrag formuliert.

In diesem Vertrag ist außerdem geregelt, dass es keine zukünftigen Forderungen des Vermieters an uns geben wird, und dass das laufende Verfahren wegen den Feuerwehrkosten eingestellt wird.

Daher beantragt der AStA, dass das StuPa den angefügten Vertrag beschließt, damit wir das unterschreiben können.

Wie immer gilt: Für Rückfragen jederzeit an info@asta.uni-potsdam.de schreiben.

Und immer noch: Nicht an die große Glocke hängen.

Bis denn,

Alex

Vereinbarung

zwischen

der **GWF Grundwert-Gesellschaft in Potsdam OHG**,
vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin
ALBANIKA Liegenschaften und GWF-Grundwert-Gesellschaft mbH Berlin,
diese vertreten durch den Geschäftsführer Dietrich Garski,
Tempelhofer Ufer 17, 10963 Berlin

- nachstehend Vermieterin genannt -

vertreten durch Rechtsanwälte Hans-Peter Mildebrath & Tobias Fuhrmann,
Kurfürstendamm 72, 10709 Berlin,

und

der **Studierendenschaft der Universität Potsdam**,
vertreten durch den Allgemeinen Studierendenausschuss,
Am Neuen Palais 10, Haus 6, 14469 Potsdam

- nachstehend Mieterin genannt -

vertreten durch Herrn Rechtsanwalt Thomas Zippel,
Hegelallee 41, 14467 Potsdam,

Präambel

Die Parteien befinden sich in einem Rechtsstreit vor dem Landgericht Potsdam zur Geschäftsnummer 10 O 239/10, in dem die Vermieterin von der Mieterin den Ersatz von Kosten für Fehleinsätze der Feuerwehr geltend macht. Überdies streiten die Parteien um die Forderung der Vermieterin auf Nachzahlungen aus den Betriebskostenabrechnungen 2006 bis 2010 sowie über den Anspruch der Vermieterin auf eine monatliche Zahlung in Höhe von 1.336,50 € ab dem Monat April 2011 aus dem Vertrag vom 22.10.2004. Zur Beendigung dieser Streitigkeiten schließen die Parteien folgenden Vergleich:

§ 1

Die Mieterin zahlt an die Vermieterin einen Betrag in Höhe von 28.657,07 €. Mit dieser Zahlung sind sämtliche Ansprüche der Vermieterin aus dem Mietverhältnis für die Zeit bis einschließlich Dezember 2011, insbesondere aus den bisherigen Fehleinsätzen der Feuerwehr und den bisherigen Arbeiten etc. an der Brandmeldeanlage sowie aus den Betriebskostenabrechnungen bis einschließlich 2010 und aus dem Mietvertrag vom 22.10.2004 sowie aus dem weiteren Vertrag vom 22.10.2004 bis einschließlich Dezember 2011 abgegolten. Die Mieterin verpflichtet sich weiterhin, ab Januar 2012 bis zur

Umschreibung des Eigentums an dem Grundstück Hermann-Elflein-Straße 10, 14467 Potsdam, auf das Studentenwerk Potsdam monatlich neben der Nettokaltmiete und der Vorauszahlung auf die Betriebskosten einen Betrag in Höhe von 1.336,50 € an die Vermieterin zu zahlen. Sämtliche Zahlungen sind innerhalb von 14 Tagen nach schriftlichem Nachweis des Abschlusses des notariell beurkundeten Kaufvertrags zwischen der Vermieterin und dem Studentenwerk Potsdam zu bewirken. Mit der Zahlung sind auch sämtliche Ansprüche der Vermieterin aus der weiteren Vereinbarung vom 22.10.2004 abgegolten.

§ 2

Die Vermieterin verpflichtet sich, innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Abschluss dieser Vereinbarung die von ihr erhobene Klage beim Landgericht Potsdam zur Geschäftsnummer 10 O 239/10 zurückzunehmen. Die Mieterin verpflichtet sich, diesbezüglich keinen Kostenantrag zu stellen.

§ 3

Die Kosten dieser Vereinbarung trägt jede Partei selbst.

Potsdam,

Berlin,

für die Mieterin
RA Zippel

für die Vermieterin
RA Fuhrmann

Initiativantrag des Allgemeinen Studierendenausschuss zur Praxis zur derzeitigen Rückmeldepraxis der Universitätsverwaltung zur Sitzung des Studierendenparlamentes am 31.01.2012

Das Studierendenparlament möge folgenden Resolution verabschieden:

Die durch die Verwaltung umgesetzte "Rückmeldesperre" des Dezernat 2 entbehrt jeglicher rechtlicher Grundlage. Vielmehr besitzen die betroffenen Studierenden das Recht auf ordnungsgemäße Durchführung ihrer Rückmeldung. §13 BbgHG regelt die möglichen Gründe, eine Immatrikulation oder Rückmeldung zu verweigern abschließend. Keiner der dort aufgeführten Gründe ist in den hier beschriebenen Fällen anwendbar. Zusätzlich ist das derzeitige Vorgehen fragwürdig, da die betroffenen Studierenden weder über die entsprechende Ordnung zur Einstellung und Aufhebung von Studiengängen vom 28.09.2011 noch über die derzeitige Praxis der Rückmeldung adäquat informiert wurden. Weiterhin widerspricht die Praxis des D2, einem Teil der Studierenden die Rückmeldeunterlagen zukommen zu lassen und dem anderen Teil diese zu verwehren, dem Gleichheitssatz nach Art. 3 I GG und damit dem allgemeinem Willkürverbot. Die Universität Potsdam kommt hierdurch eindeutig ihrer im BbgHG geregelten Verantwortung gegenüber den Studierenden nicht nach und gefährdet mit ihrem offensichtlichen Rechtsbruch den inneruniversitären Frieden. Aus diesen Gründen fordert das Studierendenparlament vom Präsidium der Universität Potsdam für alle betroffenen Studierenden die ordnungsgemäßen Durchführung der Rückmeldung zum Sommersemester 2012 sicherzustellen und den Rückmeldezeitraum adäquat zu verlängern. Darüber hinaus fordert das Studierendenparlament die Universität erneut auf, eine Überarbeitung der "Neufassung der Ordnung zur Einstellung und Aufhebung von Studiengängen" zu erwägen und großzügige Übergangsfristen für die auslaufenden Studiengänge zu ermöglichen, sowie den Prüfungsanspruch uneingeschränkt aufrechtzuerhalten.

Begründung:

Zum Sommersemester 2012 wurden durch das Studierendensekretariat der Universität Potsdam nicht an alle Studierenden Rückmeldeunterlagen versendet: Hiervon sollen laut Dezernat 2 (D2) fast 700 Studierende betroffen sein. Studierende der Diplom- und Magister(teil)studiengänge, bei denen die Universität Potsdam im Zuge der Aufhebung der alten Studiengänge die letzten Prüfungsmöglichkeit zum 31.3.2012 festgesetzt hat, werden Rückmeldeunterlagen erst nach Vorlage des Verlängerungsbescheides vom zuständigen Prüfungsausschuss übermittelt. Studierenden der Staatsexamensstudiengänge für das Lehramt, die sich beim Brandenburgischen Landesinstitut für Lehrerbildung (LaLeB) zur 1. Staatsexamensprüfung angemeldet haben oder die vom LaLeB eine Fristverlängerung für die Anmeldung zum 1. Staatsexamen erhalten haben, müssen ebenfalls ihren jeweiligen Bescheid vorlegen. In einem Schreiben vom 16.01.2012 des D2, als Antwort auf eine schriftlich Anfrage des AStA, wurde der Nichtversand der Rückmeldeunterlagen mit einer "Rückmeldesperre" begründet. Dieses Verfahren sei durch eine technische Einschränkungen der Prüfungsverwaltungssoftware in Verbindung mit der Durchführung der Ende September vom Senat mit knapper Mehrheit beschlossenen "Neufassung der Ordnung zur Einstellung und Aufhebung von Studiengängen" begründet.

Initiativantrag des Allgemeinen Studierendenausschuss zur Finanzierung eines Eilantrages für ein Normenkontrollverfahren gegen die "Neufassung der Ordnung für die Einstellung und Aufhebung von Studiengängen an der Universität Potsdam" (vom 28.09.2012) zur Sitzung des Studierendenparlamentes am 31.01.2012

Das Studierendenparlament der Universität Potsdam möge beschließen: Der AStA wird beauftragt, durch Eilantrag ein Normenkontrollverfahren gegen den Beschluss des Senates der Universität Potsdam zur "Neufassung der Ordnung für die Einstellung und Aufhebung von Studiengängen an der Universität Potsdam" vom 28.09.2011 einzuleiten. Für die Betreuung des Normenkontrollverfahren wird der Rechtsanwalt Matthias Trenczek beauftragt. Die Studierendenschaft übernimmt die anfallenden Kosten von 4000€.

Begründung

Mit der "Neufassung der Ordnung für die Einstellung und Aufhebung von Studiengängen an der Universität Potsdam" wurde die restriktive Politik der Universität Potsdam gegen die Studierende der alten eingliedrigen Studiengänge fortgesetzt. Insbesondere die dort vorgesehenen Regelungen zum Verlust des Prüfungsanspruchs sind mit geltender Rechtsprechung nicht vereinbar. Zusätzlich hat die Universität weder in ausreichendem Maße Übergangsregelungen (beispielsweise mittels flächendeckender Äquivalentlisten) gewährleistet noch die betroffenen Studierenden im ausreichendem Maße von den entsprechenden Regelungen informiert. Da weder die Kritik von Seiten der studentischen Mitglieder in den Gremien der universitären Selbstverwaltung noch ein Beschluss der Vollversammlung an der bisherigen Praxis Veränderungen bewirken können, bleibt der Studierendenschaft als letztes Mittel nur noch der Rechtsweg, um den Studierenden der alten Studiengänge zu ihrem Recht auf ein Studienabschluss zu verhelfen.